

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Nicole Christina Groß

## **Netzwerkbildung in der EU als regionale Standort- politik?**

Nordrhein-Westfalen und die  
transnationalen Beziehungen  
zu Regionen im Benelux-Raum  
sowie in Mittel- und Osteuropa

**Discussion  
Paper**

**C134  
2004**

Nicole Christina Groß, Jahrgang 1976, hat Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Rechtswissenschaft in Bonn und Utrecht studiert. Von 2000 bis 2003 war sie studentische Hilfskraft am Seminar für Politische Wissenschaft Bonn. Sie ist Mitarbeiterin von Bernhard von Grünberg, MdL und beschäftigt sich intensiv mit europäischer Integration insbesondere aus Sicht der Regionen. Thema ihrer Masterarbeit war "Nordrhein-Westfalen als Akteur in Europa. Anspruch und Wirklichkeit der Interessen- und Standortpolitik im europäischen Beziehungsgeflecht".

*Nicole Christina Groß*

## **Netzwerkbildung in der EU als regionale Standortpolitik?**

Nordrhein-Westfalen und die transnationalen Beziehungen zu Regionen im Benelux-Raum sowie in Mittel- und Osteuropa

### **1. Einleitung**

Nordrhein-Westfalen ist größte politische Region in der EU und aufgrund seiner geographischen Lage im Nordwesten europäische Kernregion. 18 Mio. Menschen leben hier, die ein Bruttoinlandsprodukt von 466,9 Mrd. EUR erwirtschaften, mit dem sie vor Bayern (371,3 Mrd. EUR) und Baden-Württemberg (314,3 Mrd. EUR) liegen.<sup>1</sup>

Im Zuge der Globalisierung und Europäisierung muss Nordrhein-Westfalen immer mehr seinen Standort behaupten. Dies erscheint um so schwieriger, je länger sich Strukturkrise und -wandel in dem Bundesland, hier insbesondere im Ruhrgebiet, hinziehen. In die durch die Montanindustrie monostrukturell geprägten und von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Region fließen im Zeitraum 2000 bis 2006 970 Mio. EUR aus Ziel-2-Mitteln der EU. Und dies wird nicht so bleiben, denn nach 2006 wird die EU stärker die schwachen Regionen in den mittel- und osteuropäischen Ländern för-

1 Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW: Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen, Statistischer Jahresbericht 2003, Düsseldorf 2004.

dern. Nordrhein-Westfalen muss mit einer Reduzierung der Strukturförderung und langfristig mit einer Einstellung entsprechender Zahlungen – nach einem "Phasing out" – rechnen.

Längst sind nicht mehr nur die Nationalstaaten der Konkurrenz auf dem Weltmarkt und auf dem europäischen Binnenmarkt unterworfen, sondern auch die Regionen. Die EU flankiert diese Entwicklung mit einer Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes, für den sie im Zeitraum von 2000 bis 2006 ein Drittel des Gemeinschaftshaushaltes zur Verfügung stellt – mithin 213 Mrd. EUR an Fördermitteln.

Als ein wichtiger Faktor der nordrhein-westfälischen Europapolitik gilt die Inanspruchnahme dieser Fördermittel aus den Strukturfonds und aus Töpfen der vier Gemeinschaftsinitiativen INTERREG III, URBAN II, EQUAL und LEADER PLUS.

Von besonderer Bedeutung ist die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III, die grenzübergreifende Projekte fördert und bei allen Projekten stets mindestens zwei europäische Regionen miteinander verbindet. Die Regionen sollen dabei grenzübergreifende Lösungen entwickeln. Für Nordrhein-Westfalen ist INTERREG III ein notwendiges Instrument, um zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eine europaweite regionale Vernetzung zu intensivieren.

Transnationale Aktivitäten zwischen Regionen haben in Europa in den letzten Jahren stark zugenommen, wobei sie in sehr unterschiedlichen Strukturen, Rechtsformen und geographischen Abgrenzungen stattfinden. Bekannt sind bilaterale und multilaterale Formen der Zusammenarbeit sowie völkerrechtlich abgesicherte und informelle Kontakte.<sup>2</sup> Zurückgeführt wird grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit (zwischen nicht-benachbarten Regionen) allgemein auf politische, kulturelle und ökonomische Faktoren.<sup>3</sup>

2 Vgl. Rudolf Hrbek/Sabine Weyand: Betrifft: Das Europa der Regionen. Fakten, Probleme, Perspektiven, München 1994, S. 43.

3 Vgl. Michael Keating: Paradiplomatie und regionale Netzwerke, in: Jahrbuch des Föderalismus 2002, Bd. 3, S. 43-53, S. 43.

Die Mehrzahl solcher Kontakte findet seit den siebziger Jahren in den Grenzgebieten statt, die aufgrund ihrer peripheren Lage stets Standortnachteile wie z.B. eine unterentwickelte Infrastruktur hinnehmen mussten. Es ist aber neuerdings eine Zunahme von Kooperationen zwischen nicht benachbarten Regionen zu beobachten, insbesondere mit mittel- und osteuropäischen Regionen, die seit dem 1. Mai 2004 zur EU gehören.

Nordrhein-Westfalen pflegt Kontakte und Partnerschaften sowohl mit benachbarten Regionen im Benelux-Raum als auch mit geographisch entfernteren Regionen in Polen, Russland, Rumänien, Finnland, Estland, Lettland, Litauen sowie Israel.<sup>4</sup>

Doch diese Kontakte sind auch mit Problemen verbunden, wobei sprachliche Probleme nur ein Faktor sind. Gerade wenn transnationale Projekte von europäischer Seite kofinanziert sind, ziehen sie manchmal zahlreiche Umsetzungsschwierigkeiten v.a. aufgrund bürokratischer Hürden nach sich. Diese Probleme sollen hier ausführlicher erörtert werden.

Es ist zu hinterfragen, ob grenzüberschreitende Kooperationen die oft sehr hohen Erwartungen erfüllen, die an sie gestellt werden. Alle beteiligten Akteure erwarten wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Erfolge, wobei sie indirekten Wirkungen von vernetzter Zusammenarbeit – mithin der langfristige sozio-kulturelle Gewinn – in der Regel kaum Beachtung schenken.

Immer noch nicht zufriedenstellend ist außerdem die Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) auf den mittel- und osteuropäischen Märkten. Um aber wettbewerbsfähig zu werden bzw. zu bleiben, müssen sie stärker als bisher ihre Chance auf den neuen Märkten wahrnehmen.

Am Beispiel von Nordrhein-Westfalen werden die Faktoren, Anforderungen und Probleme der grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit dargestellt, die aber durchaus auch in Teilen auf andere Bundesländer übertragen werden können.

4 [www.europa.nrw.de](http://www.europa.nrw.de).

## **2. Politische, finanzielle und rechtliche Anschubfaktoren für grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

Die Entstehung und Vertiefung von transnationalen Kontakten wird maßgeblich durch die Gemeinschaftsinitiative INTERREG gefördert. Die EU leitete 1990 die erste Phase mit INTERREG I ein. INTERREG soll in erster Linie eine Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur in den europäischen Grenzregionen sowohl an den Binnen- als auch an den Außengrenzen herbeiführen. Die Finanzierung erfolgt über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), aus dem für die derzeit laufende Programmplanungsperiode INTERREG III von 2000 bis 2006 rund 4,9 Mrd. EUR und damit fast die Hälfte der Gesamtsumme aller Gemeinschaftsinitiativen bereit stehen. Mit den EU-Mitteln sind i. d. R. maximal 50 Prozent der Gesamtkosten eines INTERREG-Projektes förderbar.<sup>5</sup>

INTERREG konzentriert sich auf drei Schwerpunkte:

- INTERREG IIIA auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit,
- INTERREG IIIB auf die transnationale Zusammenarbeit in den Kooperationsräumen Alpenraum, Nordwesteuropa, Mitteleuropäischer, Adria-Donau- und Südosteuropäischer Raum,
- INTERREG III C auf die interregionale Zusammenarbeit im gesamten Gebiet der EU und darüber hinausgehend in Drittländern.

Die Möglichkeit der Regionen, durch grenzüberschreitende Kooperation EU-Mittel zu akquirieren, ist demnach ein erheblicher Motivations- und Anschubfaktor und hat seit den neunziger Jahren zu einem sprunghaften Anstieg solcher Kooperationen geführt.<sup>6</sup>

5 Vgl. Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 28. April 2000 über die Leitlinien für eine Gemeinschaftsinitiative betreffend die transeuropäische Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung des europäischen Raumes, INTERREG III.

6 Vgl. Dieter Eißel u. a.: Interregionale Zusammenarbeit in der EU. Analysen zur Partnerschaft zwischen Hessen, der Emilia-Romagna und der Aquitaine, Opladen 1999, S. 342.

Aber Initiativen zur Förderung solcher Kooperationen gab es schon vorher. Der Europarat hat schon früher einen wichtigen Beitrag geleistet, indem er am 21. Mai 1980 das Madrider Europäische Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften verabschiedete.<sup>7</sup> Mit dieser Rahmenkonvention wurden die Kooperationen von benachbarten Regionen über nationale Grenzen hinweg aus der juristischen Grauzone gehoben, so dass sie seitdem in einen öffentlich-rechtlichen Rahmen gebettet sind.<sup>8</sup>

Bis in die achtziger Jahre arbeitete der Europarat eng mit der 1971 gegründeten Arbeitsgemeinschaft der Europäischen Grenzregionen (AGEG) zusammen. Seit sich die Vollendung des Binnenmarktes abzeichnete, wandte sich die AGEG, zu deren Mitgliedern alle im NRW-Gebiet liegenden Euregios gehören, immer mehr der EU zu.<sup>9</sup> Sie versteht sich als horizontales Kommunikationsinstrument und Netzwerk zwischen den Regionen einerseits und als vertikale Lobby-Agentur gegenüber den europäischen Institutionen andererseits. Die AGEG leistet wissenschaftliche Analysen und organisatorische Hilfen für bereits bestehende oder sich anbahnende Kooperationen von Regionen. Zudem arbeitet sie teilweise mit der Kommission bei der Umsetzung von EU-Fondsverordnungen zusammen.<sup>10</sup>

Dennoch verhindern diese Anschubfaktoren auch nach der Realisierung des Binnenmarktes nicht, dass weiterhin Trennwirkungen der Grenzen bestehen. Unterschiedliche Rechts- und Verwaltungssysteme, die unterschiedli-

7 Abgedruckt in: BGBl. 1981 II, S. 966.

8 Vgl. Ulrich Beyerlin: Neue rechtliche Entwicklungen der regionalen und lokalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, in: Gerhard Brunn/Peter Schmitt-Egner (Hrsg.): Die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Regionen in Europa. Theorie - Empirie - Praxis, Baden-Baden 1998, S. 118-134, S. 120-121. Das Übereinkommen enthält allerdings nur sehr schwache Verpflichtungsformeln und hat nur eine sehr beschränkte völkerrechtliche Bindungswirkung.

9 Vgl. Gerhard Brunn/Peter Schmitt-Egner: Die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Regionen in Europa als Feld der Integrationspolitik und Gegenstand der Forschung, in: Dies. (Hrsg.): Die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, S. 7-25, S. 10.

10 Vgl. Jens Gabbe: "Grenzüberschreitende Zusammenarbeit" - EUREGIO und Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen, in: Pantalon Giakoumis (Hrsg.): NRW im Wettbewerb der Regionen in der EU, Mainz 1999, S. 5-16, S. 12-13.

chen Sprachen und Wirtschaftsmentalitäten prägen immer noch die Grenzgebiete.<sup>11</sup>

### **3. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen**

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat in Nordrhein-Westfalen eine jahrzehntelange Tradition, die auf den engen Kontakten mit den Nachbarländern Belgien und den Niederlanden als den wichtigsten Handelspartnern beruht.<sup>12</sup>

Auch die anfänglichen deutsch-niederländischen Kontakte waren rein wirtschaftlich motiviert und gleichzeitig Ausgangspunkt für die 1958 erfolgte Gründung der ersten grenzübergreifenden Region in Europa, der EUREGIO, die Namensgeber für alle späteren Euregios war. In den siebziger Jahren wurden durch Abkommen der jeweiligen Staatsregierungen die deutsch-belgische (1971) und die deutsch-niederländische Raumordnungskommission (1977) gegründet. Sie sollten einerseits zu einer besseren Information des jeweiligen Nachbarn über zukünftige Projekte im Grenzraum führen, andererseits sollten die Kommissionen Analysen und Untersuchungen gemeinschaftlich veranlassen, Vorschläge zur Problemlösung erarbeiten und die Entwicklung in den jeweiligen Grenzregionen transnational abstimmen.<sup>13</sup>

Im Dreieck zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden entstanden von 1958 bis 1978 vier Euregios, die von Gemeinden und regionalen Gebietskörperschaften geschaffen wurden.<sup>14</sup>

11 Bernd Groß/Peter Schmitt-Egner: Europas kooperierende Regionen. Rahmenbedingungen und Praxis transnationaler Zusammenarbeit deutscher Grenzregionen in Europa, Baden-Baden 1994, S. 31.

12 So beträgt der Anteil der beiden Nachbarländer am nordrhein-westfälischen Export rund ein Fünftel, niederländische Firmen sind noch vor jenen aus den USA und Japan die bedeutendsten Investoren. Vgl. Jan van Megen: Die Zukunft der Nachbarschaft, in: Wilfried Loth/Peter Nitschke (Hrsg.): NRW in Europa. Probleme und Chancen des Standortes, Opladen 1997, S. 121-128, S. 122-123.

13 Vgl. Wichard Woyke: Nordrhein-Westfalen und die Europäische Gemeinschaft, Opladen 1990, S. 112-116.

14 Vgl. Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Euregios im Grenzraum Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 2000, S. 39.



- *Die EUREGIO.* Sie ist die älteste grenzüberschreitende Region auf kommunaler Basis in Europa, die 1958 gegründet wurde und zu der fast 140 nordrhein-westfälische, niedersächsische und niederländische Mitgliedskommunen und -kreise zählen. Das EUREGIO-Gebiet besteht auf niederländischer Seite aus den Regionen Twente, Nordost-Overijssel, Ost-Gelderland und Südost-Drenthe, in Deutschland aus der nordrhein-westfälischen Region Münsterland sowie aus einigen Kreisen Niedersachsens, Sitz ist Gronau. In dem Gebiet zwischen Rhein, Ems und IJssel von rund 13.000 km<sup>2</sup> leben etwa 3,2 Mio. Einwohner. Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht „die Förderung der Zusammenarbeit auf sozialem, kulturellem, wirtschaftlichem und infrastrukturellem Gebiet.“<sup>15</sup> Lösungsansätze werden in Arbeitskreisen zu den Themen Wirtschaft, Verkehr, Tourismus, Umwelt und Landwirtschaft sowie Schule und Bildung erarbeitet. In allen diesen Bereichen arbeitet die EUREGIO grundsätzlich grenzübergreifend, d.h. nicht wie einer Grenzregion entsprechend, die nur projektbezogen Partner jenseits der Grenze sucht.<sup>16</sup>
- *Die Euregio Rhein-Waal.* Seit 1969 beschäftigt sich sie sich mit der Förderung der Kooperation im Grenzgebiet Arnheim – Nijmegen – Achterhoek, Nord-Limburg und dem Nordosten der Provinz Nord-Brabant in den Niederlanden sowie den Kreisen Kleve und Wesel und der Stadt Duisburg in Nordrhein-Westfalen. In diesem Raum leben 2,6 Mio. Menschen, Sitz der Euregio ist Kleve. Eine Besonderheit besteht in der Zusammensetzung der 53 Mitglieder: Neben 48 deutschen und niederländischen Kommunen sowie drei regionalen Behörden sind auch zwei regionale Industrie- und Handelskammern Mitglieder. Diese Mitgliedschaft der Wirtschaftsverbände unterscheidet sich von der EUREGIO in Gronau. Auf der Basis des 1991 geschlossenen Anholter Abkommens erhielt die Euregio Rhein-Waal 1993 – als erste in Europa – die Rechtsform eines grenzüberschreitenden öffentlich-rechtlichen Zweckverbandes.<sup>17</sup>

15 [www.euregio.de](http://www.euregio.de).

16 Vgl. Landeszentralbank (Hrsg.): *Euregios im Grenzraum*, S. 40; vgl. Gabbe: "Grenzüberschreitende Zusammenarbeit", S. 7.

17 Vgl. Landeszentralbank (Hrsg.): *Euregios im Grenzraum*, S. 40-43.

- *Die Euregio Maas-Rhein.* Im deutsch-niederländisch-belgischen Grenzraum richteten 1976 die Gouverneure der belgischen Provinzen Limburg und Lüttich, der Kommissar der niederländischen Provinz Limburg sowie der Regierungspräsident in Köln die Euregio Maas-Rhein ein. 1992 kam die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens als fünfte Partnerregion hinzu, so dass die 3,7 Mio. Einwohner aus vier Kulturkreisen (deutsch, niederländisch, flämisch und wallonisch) stammen und drei Sprachen sprechen.<sup>18</sup>

Die anfangs lockere Kooperation mit Sitz in Maastricht verlieh sich in den neunziger Jahren die Rechtsform einer "Stichting" (dt.: Stiftung) dem niederländischen Recht entsprechend.<sup>19</sup> Diese Euregio ist die einzige grenzübergreifende Region in der EU, die sich aus regionalen Gebietskörperschaften zusammensetzt, nicht aber aus Mitgliedern der kommunalen Ebene.<sup>20</sup>

- *Die euregio rhein-maas-nord.* Die 1978 gegründete Euregio mit Sitz in Mönchengladbach umfasst die deutschen Städte Krefeld und Mönchengladbach und die Kreise Kleve (südlicher Teil), Neuss und Viersen sowie das niederländische Gebiet von Mittel- und Nord-Limburg mit Städten wie Roermond, Weert, Venlo und Venray. 1,8 Mio. Einwohner leben in der Euregio. Zu den 18 Mitgliedern gehören kommunale Gebietskörperschaften sowie Industrie- und Handelskammern, auch hier besteht wieder ein wichtiger Unterschied zur EUREGIO.<sup>21</sup>

Um die grenzübergreifende Zusammenarbeit der Euregios nicht nur auf freiwilliger, sondern auf öffentlich-rechtlicher Basis durchzuführen und sie zu fördern, schlossen die beteiligten Regierungen Staatsverträge ab:

- 1991 wurde das für den deutsch-niederländischen Grenzraum entscheidende Anholter Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden sowie den Bundesländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen abgeschlossen,

18 [www.euregio-mr.org](http://www.euregio-mr.org).

19 Die Stichting ist mit dem eingetragenen Verein nach deutschem Recht vergleichbar. Vgl. Denters/Schobben/van der Veen: Governance of European border regions, S. 144.

20 Vgl. ebd.

21 [www.euregio-rmn.de](http://www.euregio-rmn.de).

- 1996 kam es zum Abschluss des Mainzer Abkommens für das deutsch-belgische Grenzgebiet zwischen den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.<sup>22</sup>

#### **4. Die Zusammenarbeit zwischen den Euregios, dem Land Nordrhein-Westfalen und der EU bei der Förderung durch INTERREG**

##### *4.1 Umsetzung, Programmprioritäten und Probleme von INTERREG*

Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG wird in einem hochgradig komplexen "Mehrebenen-Policy-Netzwerk"<sup>23</sup> vollzogen, das alle beteiligten Akteure auffordert, ihre personellen und institutionellen Ressourcen sowie ihr politisches Know-How zu kombinieren. Ergebnisse sind gemeinsame grenzüberschreitende Programme, an deren Erstellung immer zwei oder mehr Mitgliedstaaten – anders als bei der gewöhnlichen Strukturförderung – beteiligt sind.<sup>24</sup> Damit Fördermittel fließen, müssen die Beteiligten konsensorientiert miteinander kooperieren ("negotiated agreement") – insofern besteht eine starke Interdependenz zwischen den Akteuren.

Im deutsch-niederländisch-belgischen Grenzraum ist der Erfahrungswert der lange vor Beginn der INTERREG-Initiative praktizierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein großer Vorteil – im Gegensatz zu anderen grenznachbarschaftlichen Kooperationen, die erst durch INTERREG entstanden sind. Die jüngeren Euregios entlang der deutsch-polnischen bzw. deutsch-tschechischen Grenze z.B. haben noch mit erheblichen Umsetzungsschwierigkeiten zu kämpfen.

22 Vgl. Wichard Woyke: NRW und Europa, in: NRW-Lexikon. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Recht, Kultur, Opladen 2000, S. 231-233, S. 233.

23 Manfred Miosga: Die Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative INTERREG im nordrhein-westfälisch-niederländischen Grenzraum. Ein Beitrag zur Diskussion um die Problemlösungsfähigkeit europäischer Politik in multilateralen Mehrebenensystemen, in: Edgar Grande/Markus Jachtenfuchs (Hrsg.): Wie problemlösungsfähig ist die EU?, Baden-Baden 2000, S. 257-281, S. 262.

24 Vgl. ebd., S. 262-263.

Im deutsch-niederländisch-belgischen Grenzraum dagegen ist die grenzübergreifende Netzwerkbildung sehr weit fortgeschritten, was zum einen auf die starke kulturelle Verwandtschaft und die weit verbreitete Zweisprachigkeit zurück zu führen ist. Kulturelle, sprachliche und historische Gemeinsamkeiten werden oft in ihrer Bedeutung für die Bildung einer grenzüberschreitenden Wirtschaftsregion mit einem integrierten Arbeitsmarkt unterschätzt.

Die nationalen Behörden als grundsätzliche Adressaten der INTERREG-Verordnung einigen sich untereinander auf ein gemeinsames Operationelles Programm, das die Kommission genehmigen muss. Die Euregios sind von Beginn an in dieses vertikale Politiknetzwerk eingebunden; sie können selbst Operationelle Programme in enger Abstimmung mit den Landesregierungen bzw. vergleichbaren Instanzen in den Niederlanden und in Belgien entwerfen.

Um diese Programme zu legitimieren, umzusetzen und zu kontrollieren, wurden Lenkungsausschüsse eingerichtet, in denen Vertreter der Euregios, der zuständigen staatlichen Ebene (für Nordrhein-Westfalen das Wirtschaftsministerium) und der dezentralen staatlichen Ebene (wie z.B. Landkreise) repräsentiert sind. Die Projektanträge müssen an die Euregios gestellt werden. Die Büros der Euregios helfen den Antragstellern bei der Ausarbeitung des Antrages, bei der Beschaffung der notwendigen Projektpartner und bei der Mobilisierung der Kofinanzierung, die teilweise vom nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium bzw. dem entsprechenden Fachministerium getragen wird. Die abschließende Entscheidung wird im Lenkungsausschuss gefällt.

Die finanzielle Gesamtverantwortung übernimmt jeweils für beide Seiten ein nationaler Partner, nämlich

- das Land Nordrhein-Westfalen für die EUREGIO, die Euregio Rhein-Waal und die euregio rhein-maas-nord, wobei die Abwicklung über die INVESTIONS-BANK NRW – Zentralbereich WestLB Düsseldorf erfolgt,
- der Staat Niederlande für die Euregio Maas-Rhein.<sup>25</sup>

25 Vgl. Silvia Raich: Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit in einem "Europa der Regionen", Baden-Baden 1995, S. S. 49.

Eine Besonderheit ist, dass die EU-Gelder und die jeweilige Kofinanzierung seit INTERREG II auf ein gemeinsames transnationales Konto eingezahlt werden. Diese zentrale Verwaltung von verschiedenen Fördermitteln hat Modellcharakter für andere grenzüberschreitende Kooperationen.<sup>26</sup>

Die Europäische Kommission und verschiedene Problemanalysen geben in den Leitlinien für INTERREG III folgende Prioritäten, basierend auf den Erfahrungswerten aus der INTERREG II-Phase, für den Grenzraum zwischen Belgien, Deutschland und den Niederlanden vor:

1. räumliche Struktur (z.B. grenzübergreifende Raumordnung, Verbesserung von Infrastrukturen),
2. Wirtschaft, Technologie und Innovation einschließlich Tourismus (z.B. Kooperation zwischen KMU),
3. Umwelt, Natur und Landschaft einschließlich Landwirtschaft (z.B. ländliche Entwicklung, Umweltschutz),
4. Qualifizierung und Arbeitsmarkt (z.B. Entwicklung eines integrierten Arbeitsmarktes, Zusammenarbeit im Bereich der Berufsbildung),
5. sozial-kulturelle Integration (z.B. Kommunikation zwischen Bürgern und öffentlichen Institutionen, Zusammenarbeit zwischen Polizei, sozialen Diensten, Medien usw.).<sup>27</sup>

In diesen Bereichen wurden in den Jahren 1994 bis 1999 (INTERREG II) insgesamt rund 300 Projekte in allen vier Euregios gefördert.<sup>28</sup> Knapp ein Drittel der Projekte und Gesamtkosten in dieser Phase entfiel auf den Bereich Wirtschaft, Technologie und Innovation. Insgesamt 92 Projekte wurden in diesem Bereich verwirklicht, von den 61,60 Mio. EUR Gesamtkosten trugen anteilmäßig 27,67 Mio. EUR die EU, 14,63 Mio. EUR die staatliche Ebene und 19,30 Mio. EUR die regionale Ebene.<sup>29</sup>

Beachtlich ist der permanente Anstieg der bereit gestellten Fördermittel: 1990 bis 1994 (INTERREG I) erhielten die vier Euregios aus dem EU-Haushalt 26,7 Mio. EUR, im Rahmen der INTERREG II-Programmphase

26 Vgl. Landeszentralbank (Hrsg.): Euregios, S. 57-58.

27 Vgl. Gabbe: "Grenzüberschreitende Zusammenarbeit", S. 9-10.

28 Vgl. Landeszentralbank (Hrsg.): Euregios, S. 50.

29 Vgl. ebd., S. 49-59.

wurden bereits 78,6 Mio. EUR bereit gestellt. Kofinanziert wurden die Projekte mit knapp 50 Mio. EUR von staatlicher Seite – u. a. von Nordrhein-Westfalen. In der Programmphase INTERREG III stehen den vier Euregios EU-Mittel in Höhe von 142 Mio. Euro zur Verfügung, was gegenüber der vorangegangenen Förderphase annähernd eine Verdopplung bedeutet.<sup>30</sup> Insgesamt erfolgt die Netzwerkbildung mittels INTERREG III gegenüber dem Vorläufer auf höherem intensiverem Niveau.

Die Umsetzung von INTERREG ist durchaus mit Schwierigkeiten verbunden:

- Die Verfahren gelten sowohl in der Antrags-, Prüfungs- und Genehmigungs- bzw. Ablehnungsphase als äußerst kompliziert. Das Antragsverfahren nimmt einen recht langen Zeitraum – oft von mehreren Wochen – in Anspruch, so dass durchaus innovative Projektträger häufig resignieren bzw. gar nicht erst Anträge stellen.
- Ein hoher bürokratischer Aufwand behindert immer noch eine reibungslose Verwirklichung der Projekte. Positiv ist aber hier die im Jahr 2000 eingeführte, einfach gehandhabte Kleinprojektförderung zu erwähnen.
- Eine statische Zieldefinierung seitens der EU stößt oft an seine Grenzen, da in innovativen Programmen und Projekten Zielvorstellungen oft erst im Laufe der Projekte entwickelt werden bzw. sich verschieben.
- Sicherlich ist auch die unzureichende Ausstattung der Geschäftsstellen der Euregios in personeller und materieller Hinsicht zu beklagen. Aufgrund der von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit betroffenen Politikfelder wie Wirtschaft, Kultur, Verkehr und Soziales und der zunehmenden Komplexität der Projekte sind die Grenzregionen stark belastet, wenn nicht sogar überlastet.
- Das zeitliche Vakuum, das zwischen der Förderperiode INTERREG II und INTERREG III bestand, war ebenfalls problematisch: Die Abstimmung der Förderdokumente zwischen der Europäischen Kommission und den regionalen Behörden nahm einen Zeitraum von eineinhalb Jahren in Anspruch, so dass die identifizierten Maßnahmen nicht rechtzeitig in 2000 umgesetzt werden konnten. Potenzielle Projektträger waren verärgert und büßten an Motivation ein.

30 Vgl. ebd.

Dennoch sprechen die kontinuierliche Aufstockung der Mittel und die zahlenmäßig steigenden Kooperationen staatlicher Instanzen mit den Wirtschaftspartnern sowie der Wirtschaftspartner untereinander für den langfristigen Nutzen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

#### *4.2 Die Förderung von KMU in den Euregios*

Maßnahmen zur Unterstützung von KMU haben in der EU eine besondere Bedeutung. Europäische KMU müssen innovativer werden und stärker als bisher die für den europäischen Raum notwendigen Hochtechnologien entwickeln. Daher wird ihnen auch im 6. Forschungsrahmenprogramm eine wichtige Stellung eingeräumt, was sich in einem Budgetposten mithin von 2,2 Mrd. EUR niederschlägt.

Die Förderung von KMU ist zudem eine wichtige Komponente der Zusammenarbeit in den Euregios im deutsch-niederländisch-belgischen Raum und zugleich Schwerpunkt des Bundeslandes im Rahmen einer "umfassenden Mittelstandsoffensive".<sup>31</sup> Die einseitig durch industrielle Großunternehmen geprägte Wirtschaftsstruktur ist eine große Schwäche des Landes Nordrhein-Westfalen; Gutachten haben einen gravierenden Mangel an KMU festgestellt.<sup>32</sup>

Die Grenzregionen sind besonders von der immer noch nicht vollzogenen wirtschaftlichen Umstrukturierung Nordrhein-Westfalens betroffen. Zu den typischen allgemeinen Problemen der dort angesiedelten KMU zählen ein nur begrenzt zugänglicher Markt und schlechtere Handelsbeziehungen als im Zentrum von Staaten, fehlende Kenntnisse bezüglich der Sprache, der Verwaltung und des Wettbewerbes auf der anderen Seite der Grenze sowie relativ schwach entwickelte Infrastrukturen.<sup>33</sup>

Einige Beispiele sollen verdeutlichen, dass die Euregios in der Vergangenheit verschiedene Maßnahmen für KMU entwickelt haben. Hier sind die Förderung von Kontakten zwischen Unternehmen und Behörden, Informations- und Beratungsdienstleistungen, das Angebot von thematischen Se-

31 Landesentwicklungsbericht 1995-2000, Kap. 2.2.

32 Vgl. Herbert Jakoby: Wirtschaftsstandort NRW - ein starker Partner in Europa, in: Giakoumis (Hrsg.): NRW im Wettbewerb, S. 27-40, S. 32.

33 Vgl. AGEG/Europäische Kommission (Hrsg.): Praktisches Handbuch zur Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, 3. Aufl., Gronau 2000, S. 26-27.

minaren und grenzübergreifende Ausbildung v. a. in der Unternehmensführung zu nennen.<sup>34</sup>

In der INTERREG II-Phase führte z.B. die Euregio Rhein-Waal eine Reihe von kofinanzierten Projekten zur Förderung von KMU durch wie "Euregionales Assessment- und Trainingscenter in Kleve", "Aktualisierung grenzüberschreitendes Entwicklungs- und Handlungskonzept", "Rhein-Waal Web" und "Euregio Business-Tage".<sup>35</sup>

In der EUREGIO gründeten in der gleichen Programmphase Fachhochschulen aus Deutschland und den Niederlanden das "Neuro-Fuzzy"-Zentrum für KMU, das gezielt mittelständische Betriebe bezüglich innovativer Technologien berät.<sup>36</sup>

Einen wichtigen Beitrag leisten ebenso die oft in Euregios anzutreffenden Kooperationen von Industrie- und Handelskammern, wie z.B. in der Euregio Maas-Rhein in der sog. "Grenzlandkammer", die als regelmäßiges Kontaktforum der fünf Partnerregionen dient.<sup>37</sup> Zudem arbeiten dort die sechs Kammern in der Euregio Maas-Rhein seit 1994 eng mit Hilfe einer "euregionalen Firmendatenbank" zusammen.<sup>38</sup>

Diese wirtschaftsfördernden Projekte sollen zur Stärkung von KMU und letztlich zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes in den Grenzgebieten beitragen.

Dennoch scheint der Aufwand, der mit solchen Projekten v.a. im Vorfeld verbunden ist, für KMU oft nicht im Verhältnis zu dem tatsächlichen Nutzen zu stehen. Potenzielle Antragsteller werden häufig aufgrund der zu beachtenden Umsetzungsrichtlinien abgeschreckt und verzichten dann auf Antragstellungen. In seinem Jahresbericht 2000 kam das Europäische Beobachtungsnetzwerk für KMU zu dem Ergebnis, dass fast drei Viertel der befragten Unternehmen wegen mangelnder Kenntnisse über EU-Programme keine Förderanträge stellen. Kommen doch Projekte zustande, bereitet die Umsetzung der INTERREG-Richtlinien wegen fehlender In-

34 Vgl. ebd., S. 28-29.

35 Eine detaillierte Übersicht mit Projektbeschreibung findet sich auf [www.euregio.org](http://www.euregio.org) unter "Activities".

36 Vgl. AGEK/Europäische Kommission (Hrsg.): Praktisches Handbuch, S. 36.

37 [www.euregio-mr.org](http://www.euregio-mr.org).

38 [www.euregiochambers.org](http://www.euregiochambers.org).



formationen oder wegen des hohen bürokratischen Aufwandes vielfach Probleme.

Der Nutzen von regionalen Informationsveranstaltungen und von Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Projektträgern kann hier nicht hoch genug eingeschätzt werden. Insbesondere kleinere Unternehmen mit wenig Personal müssen verstärkt motiviert und v.a. informiert werden, damit diese Projektanträge zu stellen.

## **5. Die interregionale Partnerschaft von Nordrhein-Westfalen mit Slaskie/Polen und das "regionale Weimarer Dreieck"**

Ob humanitäre Soforthilfen für rumänische Kinderheime, die Einrichtung einer Fachhochschule für Wirtschaft in Nishnij Nowgorod, die kulturelle Veranstaltungsreihe "Oberschlesien an Rhein und Ruhr" oder die medienwirksame Präsentation des Landes in Moskau in 2003 – das Spektrum der internationalen Aktivitäten ist weit.

Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks engagiert sich Nordrhein-Westfalen in mehreren Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa, ab 1990 vorwiegend mit humanitären Hilfen und investiven Maßnahmen, seit Mitte der neunziger Jahre setzt das Land Schwerpunkte auf wirtschaftliche Kontakte.<sup>39</sup>

Die Förderung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten nordrhein-westfälischer Unternehmen steht dabei im Mittelpunkt, insofern prägt der Primat der Ökonomie stark die interregionalen Kontakte Nordrhein-Westfalens.

Anders als bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird keine transnationale Regionenbildung angestrebt, sondern bei den interregionalen Kooperationen kommt es alleine auf die Vernetzung in einzelnen Politikfeldern zu beiderseitigem Nutzen an. Die Inanspruchnahme von Fördermitteln ist aber bei beiden Formen der Zusammenarbeit eng mit der Verwirklichung dieser Ziele verbunden.

39 Vgl. Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Landesentwicklungsbericht 1995-2000, Düsseldorf 2000, Kap. 1.3.

Die polnische Wojewodschaft Slaskie und Nordrhein-Westfalen arbeiten seit 1991 auf der Grundlage der deutsch-polnischen Aussöhnung zusammen. Am 1. September 2000 unterzeichneten das Bundesland und die Wojewodschaft in Kattowitz eine Gemeinsame Erklärung und begründeten somit ihre Partnerschaft.

Eine tragende Säule dieser Partnerschaft ist die Ähnlichkeit der Wirtschaftsstrukturen beider Regionen: Das oberschlesische Industriegebiet mit den bestimmenden Wirtschaftszweigen Bergbau und Stahl soll von den Erfahrungen Nordrhein-Westfalens mit der Umstrukturierung des Ruhrgebietes profitieren.<sup>40</sup> Gleichzeitig sollte der Erfahrungsaustausch Schlesien auf den in 2004 erfolgten Beitritt Polens in die EU vorbereiten.

Prioritäten der Partnerschaft liegen auf der Förderung des Jugendaustausches, dem Ausbau von Schul- und Hochschulpartnerschaften, dem Kulturaustausch sowie der Ausweitung der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Regionalentwicklung, Ökologie und Umwelttechnologie. Um vereinbarte Infrastrukturprojekte wie z.B. die Wiedernutzbarmachung alter Industrieflächen zu begleiten, richtete das Land ein Verbindungsbüro in Kattowitz ein.<sup>41</sup>

Hierbei spielt die einzige auf Länderebene bestehende Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe, die im September 2000 gegründet wurde, eine wesentliche Rolle im Partnerschaftsgefüge mit Slaskie. Die Gruppe pflegt regelmäßige und intensive Kontakte zu der Partnerregion, sie nimmt Anregungen und Eindrücke im Rahmen von Delegationsreisen auf und gibt diese an die Landesregierung weiter, die dann entsprechende Maßnahmen umsetzen soll.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit wurde am 24. August 2001 durch die Gemeinsame Erklärung der Regionen Nordrhein-Westfalen, Slaskie

40 Es befinden sich 60 Steinkohlebergwerke und 19 Eisen- und Stahlhütten in der Wojewodschaft. Vgl. Vortrag von OAR Schütz des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr im Februar 2001. In den letzten Jahren sind 21 Zechen in Slaskie geschlossen wurden, über 80.000 Arbeitsplätze im Bergbau gingen verloren. Vgl. Parlamentariergruppe besucht das Nachbarland Polen, das in die EU strebt, in: Landtag intern online vom 18. September 2001.

41 Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 14 der Fraktion der CDU: Folgen der EU-Erweiterung für Nordrhein-Westfalen, Frage 15, LT-Drs. Nordrhein-Westfalen 13/3701 vom 21. März 2003.

und Nord-Pas de Calais (Nordfrankreich) im Rahmen des "Weimarer Dreiecks" erweitert.<sup>42</sup> Die drei Regionen vereinbarten einen intensiven trilateralen Jugend- und Schulaustausch. Nord-Pas de Calais und Nordrhein-Westfalen entschlossen sich zudem vor ihrem gemeinsamen industriellen Hintergrund als Montanregionen, Slaskie beim Strukturwandel projektbezogen zu unterstützen.<sup>43</sup>

Im Rahmen eines "regionalen Weimarer Dreiecks" hat Nordrhein-Westfalen ein gemeinsames Projekt der drei Industrieregionen für das INTERREG IIC-Programm beantragt und ein Gesamtvolumen von 1,5 Mio. EUR bewilligt bekommen, dessen drei Themenschwerpunkte

- industrielle Restrukturierung,
- soziale Politik,
- moderne Verwaltung

sind.<sup>44</sup> In diesem Jahr können Unternehmen und Organisationen Vorschläge für Projekte einreichen, die von Partnern aus Nordrhein-Westfalen, Slaskie und Nord-Pas de Calais unter der Verantwortung einer der drei Regionen gemeinsam getragen werden müssen. Als Orientierungshilfe für potenzielle Projektpartner wurden bereits Regionalkonferenzen in Düsseldorf, Kattowitz und Lille angeboten.

Da die Frist für Projektanträge noch nicht abgelaufen ist, bleibt abzuwarten, inwieweit Unternehmen und Organisationen die Möglichkeit einer trilateralen Vernetzung mittels INTERREG IIC annehmen. Schon jetzt ist abzusehen, dass die in der Region Slaskie ansässigen Projektpartner aufgrund ihrer Unerfahrenheit mit EU-Förderprojekten unterstützt werden müssen. Alle drei Regionen müssen zudem enorme Anstrengungen auf sich

42 Um Europas Neuordnung nach dem Ende des Kalten Krieges eine neue Gestalt zu verleihen, initiierten die drei Außenminister Roland Dumas (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Deutschland) und Krzysztof Skubiszewski (Polen) auf einem Außenministertreffen am 28. August 1991 in Weimar die Konzeption des "Weimarer Dreiecks". Vgl. Ludger Kühnhardt/Henri Ménéudier/Janusz Reiter: Das Weimarer Dreieck. Die französisch-deutsch-polnischen Beziehungen als Motor der Europäischen Integration, ZEI Discussion Paper C 72/2000, S. 27.

43 Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit der Regionen Nordrhein-Westfalen, Nord-Pas de Calais und Slaskie unterzeichnet. Pressemitteilung der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen vom 24. August 2001.

44 [www.tireg.net](http://www.tireg.net).

nehmen, um regionale Akteure zu Projektanträgen zu ermuntern. Zu wenig Projekte und demnach nicht abgerufene Mittel könnten einen Rückschritt für das "regionale Weimarer Dreieck" bedeuten.

Insgesamt haben sich die Kontakte zu Slaskie über einen Zeitraum von mehr als einem Jahrzehnt kontinuierlich fortentwickelt und insofern ist eine langfristig angelegte Strategie deutlich zu erkennen. Die Einbindung der Partnerregion Nord-Pas de Calais 2001 im "regionalen Weimarer Dreieck" kann unterstreicht die Kontinuität dieses Prozesses.

Als wichtigste Faktoren für die dauerhafte Etablierung der Partnerschaft mit Slaskie gelten:

- *Die politische Ebene.* Insbesondere der Ministerpräsident und die Beamten der Staatskanzlei haben sich regelmäßig für diese Partnerschaft eingesetzt; personelle, finanzielle und organisatorische Ressourcen fielen keinen Kabinettsumbildungen oder drastischen Sparmaßnahmen zum Opfer. Diese Kontinuität zählt um so mehr, als die Zusammenarbeit der Administrationen aufgrund unterschiedlicher Strukturen und Arbeitsweisen in den Regionen nicht reibungslos verläuft und hin und wieder auch ins Stocken gerät.
- *Die ähnliche Problemlage und Wirtschaftsstruktur der Partnerregionen.* Sie haben sich als Fundament der Partnerschaft bewährt. Slaskie kann von den Erfahrungen des industriell geprägten Bundeslandes (und der Region Nord-Pas de Calais) profitieren, aber auch von den gemeinsam konzipierten und umgesetzten Projekten. Nordrhein-Westfalen wiederum erhofft sich langfristig wirtschaftliche Vorteile für die im Land angesiedelten Unternehmen; die Partnerschaft wird als Grundlage intensiver Handelsbeziehungen mit Polen betrachtet.<sup>45</sup>
- *Die aktive Begleitung der Partnerschaft durch das Landesparlament.* Die Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe zeigt zum einen, dass die Partnerschaft mit Slaskie fraktionsübergreifend angenommen und geprägt wird. Zum anderen übt sie eine Kontrolle auf die diesbezüglichen

45 Wolfram Kuschke: Die Mitwirkung der Regionen in der Europapolitik: Störfaktor oder notwendiges Korrektiv?, in: Europa Forum NRW (Hrsg.): NRW zwischen Brüssel und Berlin. Eine Region im Spannungsfeld. Symposium am 3. November 2000, Düsseldorf 2000, S. 6-9. S. 9.

Aktivitäten der Landesregierung aus und trägt dazu bei, dass der Kontakt zu der polnischen Region nicht einschläft.

- *Die Einbindung von nichtstaatlichen Akteuren.* Die nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern haben an Wirtschaftstagen schon mehrfach den Themenschwerpunkt Polen bzw. Slaskie gewählt. Die Wohlfahrtsverbände beider Regionen haben sich zudem zwecks Bewältigung von sozialen Problemen vernetzt.

## **6. Perspektive der Außenwirtschaftsbeziehungen von Nordrhein-Westfalen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern**

Die Landesregierung schätzt insgesamt die Chancen der EU-Erweiterung für Nordrhein-Westfalen größer ein als die Risiken und führt dies insbesondere auf die Entwicklungen der Außenhandelsbeziehungen zurück.

Innerhalb von fünf Jahren erhöhte sich der Außenhandel mit den zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern um 82 Prozent von 18,9 Mrd. DM in 1995 auf 34,5 Mrd. DM in 2000. Damit wurde das Außenhandelsvolumen mit den USA übertroffen.<sup>46</sup>

Die Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeugbau und chemische Industrie exportieren am stärksten in die Beitrittsländer; Nordrhein-Westfalen importiert von dort u. a. Textilwaren und Bekleidung, elektrotechnische Erzeugnisse, Holzwaren, Eisenwaren und Kraftfahrzeuge.<sup>47</sup> Der Umfang der Güterausfuhren in die mittel- und osteuropäischen Länder erhöhte sich von 6,5 Mrd. EUR in 1997 auf 9,6 Mrd. EUR in 2001 und auf fast 14 Mrd. EUR in 2003.<sup>48</sup>

Die Regierung erwartet eine Fortsetzung dieses Trends, den sie auf die schrittweise Marktöffnung zurückführt. Diese Entwicklung werde sich aufgrund der Integration der Beitrittsländer in den europäischen Binnenmarkt sogar noch beschleunigen, da letzte verbliebene Handelsschranken abge-

46 EU-Osterweiterung, S. 1. Die Angaben stammen vom LDS NRW.

47 LT-Drs. Nordrhein-Westfalen 13/3701 vom 21. März 2003, Frage 1.

48 LDS NRW: Informationssystem Außenhandel, Daten vom 28. November 2002 und ebd.: Statistischer Jahresbericht 2003.

baut würden.<sup>49</sup> Weitere Investitionen von nordrhein-westfälischen Unternehmen im mittel- und osteuropäischen Raum werden prognostiziert, darüber hinaus geht das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit von "wohlfahrtsfördernden Integrationseffekten" aus, die zu einer steigenden Nachfrage in den Beitrittsstaaten und zu einer stärkeren Wettbewerbsfähigkeit aller Regionen in der EU führen sollen.<sup>50</sup>

Langfristig resultiert aus einer Zunahme des Wohlstandes in den zehn neuen Mitgliedstaaten eine Absenkung der Strukturhilfen der EU, die sich im Zeitraum zwischen 2004 und 2006 noch bei 21,7 Mrd. EUR für Mittel aus den Strukturfonds und aus dem Kohäsionsfond belaufen.

Erst langfristig sind auch erst Investitionen in Nordrhein-Westfalen von prosperierenden Staaten wie Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik zu erwarten,<sup>51</sup> vorerst stehen diese nicht im Vordergrund der außenwirtschaftlichen Motivation Nordrhein-Westfalens. Die Landesregierung konzentriert sich dennoch auf diese drei Staaten aufgrund von Nachfrage und Größe der dortigen Märkte und aufgrund schon bestehender politischer Kontakte.<sup>52</sup>

Nordrhein-Westfalen als das exportstärkste Bundesland Deutschlands ist dementsprechend stärker als andere Bundesländer von der Erschließung neuer Märkte in den Beitrittsstaaten abhängig. Dabei muss auf das erhöhte Risiko hingewiesen werden, das mit Direktinvestitionen nordrhein-westfälischer Unternehmen auf diesen Märkten verbunden ist. Doch auch wenn die Risiken höher als die des unternehmerischen Engagements auf westeuropäischen Märkten sind, wirken diese nicht bremsend.<sup>53</sup> Ganz im Gegenteil bestimmt die bisher positive Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen das Bestreben der Landesregierung, nordrhein-westfälische Direktinvestitionen in diesen Ländern anzuregen und zu steigern.

49 LT-Drs. Nordrhein-Westfalen 13/3701 vom 21. März 2003, Frage 2.

50 Ebd., Frage 3.

51 LT-Drs. Nordrhein-Westfalen 13/3701 vom 21. März 2003, Frage 7.

52 Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Außenwirtschaft NRW. Bericht über die Projekte des Jahres 2002, Düsseldorf 2003, S. 7-8.

53 Vgl. Gert Maichel: Perspektiven für Mittel- und Osteuropa. Warum engagieren sich deutsche Unternehmen dort?, ZEI Discussion Paper C 70/2000, S. 10-11.

Anfang 2001 gründete daher die Landesregierung die Außenwirtschaftsoffensive MOEL mit dem Ziel, nordrhein-westfälische Unternehmen, insbesondere KMU, bei der Erschließung der Märkte in den hierfür ausgewählten Schwerpunktländern Polen, Ungarn, Tschechische Republik und Rumänien zu unterstützen.<sup>54</sup> Die Exportfähigkeit vieler Unternehmen, die bisher nicht oder nur selten in anderen Ländern investiert haben, sollte aktiviert und gesteigert werden.<sup>55</sup>

Im Mittelpunkt der Offensive stand der Know-How-Transfer in den Bereichen Umwelt, Energie und Verkehr in die vier Schwerpunktländer. In diesen Bereichen sollten nordrhein-westfälische Unternehmen an Projekten mit einem Mindestumfang von 5 Mio. Euro beteiligt werden.<sup>56</sup> Das Wirtschaftsministerium leistete im Zeitraum von 2001 bis 2003 eine Anschubfinanzierung in Höhe von jährlich 1,3 Mio. Euro.<sup>57</sup> Die Landesregierung hatte die Aufgabe übernommen, bei der Identifizierung von förderfähigen Infrastrukturprojekten zu helfen und diese Projekte gemeinsam bis zur Antragstellung zu begleiten, die wiederum von den einzelnen Beitrittsländern vorgenommen werden sollten.

Drei Sonderprogramme, mit denen die EU den Angleichungsprozess der Beitrittsländer vorantreibt, sollten von den vier Zielländern der Außenwirtschaftsoffensive MOEL in Anspruch genommen werden:

- Das derzeit wichtigste Programm zur finanziellen und organisatorischen Unterstützung der Wiederherstellung der Wirtschaft heißt PHARE. Für den Zeitraum von 2000 bis 2006 fördert PHARE den Aufbau der Institutions- und Verwaltungsstruktur sowie die Umstellung von Unternehmen und der Infrastruktur auf EU-Normen und EU-Standards. Jährlich

54 Da etwa 75 Prozent der EU-Sonderförderprogramme auf diese Länder entfallen, sind sie gleichzeitig auch Schwerpunktländer der Offensive.

55 Die Landesregierung geht davon aus, dass von den rund 700.000 KMU im Land 25.000 nicht genutztes "außenwirtschaftliches Potenzial" besitzen. Vgl. Außenwirtschaft NRW, S. 5.

56 [www.wirnrw.de](http://www.wirnrw.de).

57 Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr: Nordrhein-Westfalen setzt bei Außenwirtschaftsoffensive Mittel- und Osteuropa auf Public-Private-Partnership. Pressemitteilung vom 17. August 2001.

stehen rund 1,6 Mrd. EUR zur Verfügung, davon 20 Prozent für regionale und horizontale Programme.<sup>58</sup>

- Das Programm ISPA<sup>59</sup> soll die Bewerberländer in der Laufzeit 2000 bis 2006 bezüglich der Umwelt- und Verkehrspolitik auf den Beitritt zur EU vorbereiten. Hierfür stellt die EU jährlich ca. 1 Mrd. EUR bereit.<sup>60</sup>
- Das dritte Programm heißt SAPARD<sup>61</sup> und ist ein EU-Sonderprogramm für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes, das für 2000 bis 2006 ein Finanzvolumen von 520 Mio. EUR jährlich hat.<sup>62</sup>

Diesen Förderprogrammen steht der Investitionsbedarf in den nächsten Jahren gegenüber, der auf 120 Mrd. EUR im Umweltbereich, auf 150 Mrd. EUR im Bereich Energie und auf 90 Mrd. EUR im Bereich Verkehr in den mittel- und osteuropäischen Staaten geschätzt wird. Von diesem Investitionsbedarf könnten die nordrhein-westfälischen KMU langfristig über die zur Verfügung gestellten Fördermittel hinaus profitieren.<sup>63</sup>

Die Außenwirtschaftsoffensive wurde von der WIR.NRW<sup>64</sup> GmbH, einem Public-Private-Partnership-Unternehmen, zusammengesetzt aus Vertretern des Wirtschaftsministeriums und aus nordrhein-westfälischen Unternehmen, geleitet. Eine eigens eingerichtete Gruppe, die sich aus Vertretern der europa-, umwelt-, energie- und verkehrsbezogenen Beratung und Projektentwicklung zusammensetzte,<sup>65</sup> sollte die Projekte durchführen.

Eine Reihe von organisatorischen und finanziellen Problemen traten auf, so dass die Außenwirtschaftsoffensive MOEL vorzeitig eingestellt wurde.

58 Polen erhält jährlich 398 Mio. EUR, Ungarn 96 Mio. EUR, die Tschechische Republik 79 Mio. EUR, Rumänien 242 Mio. EUR. Vgl. Außenwirtschaft NRW, S. 43.

59 Instrument for Structural Policies for Pre-Accession.

60 Polen bekommt pro Jahr 384 Mio. EUR, Ungarn 104 Mio. EUR, die Tschechische Republik 83 Mio. EUR und Rumänien 270 Mio. EUR. Vgl. Außenwirtschaft NRW, S. 43.

61 Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development.

62 Polen erhält jährlich 168,7 Mio. EUR, Ungarn 38,1 Mio. EUR, die Tschechische Republik 22,1 Mio. EUR und Rumänien 150,6 Mio. EUR.

63 [www.wirnrw.de](http://www.wirnrw.de).

64 Wirtschaft InterRegional.

65 Die Projektleitung lag bei der h.e.a.d. GmbH, Duisburg, den Verkehrsbereich betreut die SCI Verkehr GmbH, Köln, den Energie- und Umweltbereich das Fraunhofer Institut UMSICHT, Oberhausen und den Finanzierungsbereich die KPMG Consulting AG, Hamburg/Düsseldorf.



Erwartete Projekte kamen nicht zustande, alle beteiligten Unternehmen wurden wieder ausgezahlt.

Dies ist zum einen auf die mangelnde Handlungsfähigkeit und Kooperationsbereitschaft der beteiligten Akteure, mithin auch auf verschiedene Arbeitsweisen und Denkkulturen administrativer und privatwirtschaftlicher Akteure zurückzuführen. Zum anderen war die Zögerlichkeit der Unternehmen ein großes Defizit, die das bereits erwähnte Risiko der mittel- und osteuropäischen Märkte scheuten. Zudem konnten ausreichende Kofinanzierungsmittel von mittel- und osteuropäischer Seite nicht aufgewendet werden.

Eine schnelle Umsetzung der Außenwirtschaftsoffensive war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Hier zeigt sich, dass hohe Erwartungshaltungen oft weit entfernt liegen von langfristigen, möglicherweise nur bescheidenen Erfolgen. Letztlich ist der Umgang mit Institutionen und Firmen im eigenen Land nach wie vor vertrauter und scheinbar einfacher, so dass er der grenzüberschreitenden Kooperation meist vorgezogen wird.

Grundsätzlich eignen sich PPP-Programme für eine langfristig angelegte Erschließung der Märkte in Mittel- und Osteuropa, insbesondere wenn sie in mit der Inanspruchnahme von EU-Fördermitteln verbunden sind. Alle Beteiligten der gescheiterten Außenwirtschaftsoffensive sollten mittels einer Problemanalyse versuchen, ein neues Konzept zu entwerfen. Denn für KMU ist es dringend notwendig, die Märkte in den neuen Beitrittsstaaten zu erschließen. Der hohe Investitionsbedarf sollte nach wie vor ein wichtiger Anreiz für eine solche Markterschließung sein.

## **7. *Transnationale Kooperationen und ihre langfristige Bedeutung – ein Ausblick***

Insgesamt ist die Entwicklung der bisherigen grenzüberschreitenden Kontakte und Kooperationen für Nordrhein-Westfalen als positiv zu bewerten. In den letzten Jahren die Beziehungen sowohl mit Regionen im Benelux-Raum als auch in den neuen Mitgliedstaaten intensiviert. Die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zeichnet sich übrigens nicht

nur für Nordrhein-Westfalen und andere westdeutsche Länder ab, sondern auch für Bundesländer entlang der deutsch-polnischen bzw. deutsch-tschechischen Grenze, die erst seit wenigen Jahren Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit ihren östlichen Nachbarn sammeln. Auch hier wurde die Netzwerkbildung mit Hilfe von EU-Fördermitteln, insbesondere mit der Gemeinschaftsinitiative INTERREG, erheblich beschleunigt.

Dabei dürfen nicht nur konkrete Resultate – die hier nicht in Abrede gestellt werden – von einzelnen Projekten in die Zieldefinition mit einbezogen werden, sondern auch der Lerneffekt aufgrund gemeinsam erarbeiteter neuer Vorgehensweisen und Verfahren. Diesem langfristigen und oft nur indirekt sichtbaren Erfolg interregionaler Zusammenarbeit ist letztlich die meiste Bedeutung beizumessen.

Dies gilt auch für die Vernetzung des "regionalen Weimarer Dreiecks" mit dem noch jungen INTERREG IIIC-Programm zur Überwindung struktureller Probleme in Slaskie, mit dem Nordrhein-Westfalen dieses Jahr in eine neue Phase interregionaler Kooperation eintritt. Erst langfristig und somit über die laufende Programmphase hinaus wird ein Nutzen für alle beteiligten Akteure erkennbar sein.

Für die INTERREG IV-Programmperiode 2007 bis 2013 ist ratsam, dass die EU eine Vereinfachung des aufwendigen und komplizierten Antragsverfahrens durchführt. Gerade für kleine private Projektträger müssen derzeit bestehende Hürden aus dem Weg geräumt werden, damit sie überhaupt EU-kofinanzierte Projekte in Erwägung ziehen. Eine größere Transparenz der Auswahlkriterien, die die Kommission vorgibt, wäre für potenzielle Antragsteller ebenfalls sehr hilfreich.

An die schnelle Erschließung der mittel- und osteuropäischen Märkte durch nordrhein-westfälische Unternehmen werden vielfach hohe Erwartungen gestellt, die sich bisher so nicht erfüllen. Dennoch darf die bisher größte Erweiterungsrunde der EU und der Investitionsbedarf in den neuen Mitgliedstaaten nicht ungenutzt bleiben. Insbesondere KMU sind hier angesprochen, zumal große international tätige Konzerne längst die Bedeutung der neuen Märkte erkannt haben. Das Land Nordrhein-Westfalen kann da-

bei beratend und fördernd zur Seite stehen, zumal es schon Kontakte in den mittel- und osteuropäischen Raum, insbesondere zu Polen, geknüpft hat. Insgesamt nimmt in Nordrhein-Westfalen und in anderen Bundesländern der Prozess der Netzwerkbildung und Verflechtung verschiedener staatlicher und nichtstaatlicher Ebenen im europäischen Mehrebenensystem zu. Ohne eine Vernetzung ist regionale Standortpolitik in Zukunft nicht mehr denkbar.

Dabei ist das Bundesland ebenso wie andere Regionen dem Paradox ausgesetzt, zum einen auf die Bedürftigkeit seiner Region hinzuweisen, um von der EU gefördert zu werden, andererseits aber die Wirtschaftskraft herauszustreichen, um Investoren anzulocken.<sup>66</sup> Dieses Paradox wird aber in Zukunft mehr und mehr an Bedeutung verlieren, da sich der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen stärker aus eigener Kraft behaupten muss. Eine Reduzierung der Strukturfördermittel nach 2006 zugunsten der neuen Mitgliedstaaten ist unausweichlich.

Letztlich müssen Fördermittel wie die aus den Töpfen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III als Beitrag zur Fortsetzung und Vertiefung grenzübergreifender Zusammenarbeit und nicht als grundsätzliche Voraussetzung verstanden werden.

66 Keating: Paradiplomatie, S. 52.

**ZEI DISCUSSION PAPER:** Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)  
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy  
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux  
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi  
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes  
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek  
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson  
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton  
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.  
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis  
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic  
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth  
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy  
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler  
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger  
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava  
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls  
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen  
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan  
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich  
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas  
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen  
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt  
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco  
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór  
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor  
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov  
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus  
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers  
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin  
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus  
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania  
in the 21<sup>st</sup> Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson  
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala  
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw  
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des  
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze  
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen  
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger  
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles  
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek  
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko  
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan  
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt  
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green  
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der  
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak  
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of  
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble  
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal  
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek  
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides  
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement  
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp  
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem  
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys  
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski  
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt  
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt  
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl  
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)  
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann  
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková  
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)  
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader  
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt  
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez  
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard  
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan  
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze  
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow  
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos  
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven  
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala  
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel  
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)  
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter  
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa  
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)  
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya  
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel  
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson  
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth  
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers  
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov  
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler  
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev  
Southeastern Europe at the beginning of the 21<sup>st</sup> century
- C 83 (2001) Lothar Rühl  
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding  
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt  
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski  
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)  
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm  
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg  
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)  
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar  
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler  
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels  
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth  
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ  
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf  
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.  
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel  
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga  
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial  
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Opatów) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)  
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos  
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl  
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt  
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein  
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison  
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.  
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben  
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Büniger  
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann  
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis (eds.)  
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone
- C 112 (2002) José Manuel Martínez Sierra  
The Spanish Presidency. Buying more than it can choose?
- C 113 (2002) Winfried Loth  
Europäische Identität in historischer Perspektive
- C 114 (2002) Hansjörg Eiff  
Serbien – zwei Jahre nach Milosevics Sturz
- C 115 (2002) Peter Doyle  
Ireland and the Nice Treaty
- C 116 (2002) Stefan Fröhlich  
Das Projekt der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP): Entwicklungen und Perspektiven
- C 117 (2003) Ludger Kühnhardt  
Welche Grenzen setzt die Globalisierung der europäischen Integration?
- C 118 (2003) Franz-Josef Meiers (Hrsg.)  
Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf die transatlantischen Beziehungen
- C 119 (2003) Hubert Iral  
Between Forces of Inertia and Progress: Co-decision in EU-Legislation
- C 120 (2003) Carlo Masala (ed.)  
September 11 and the Future of the Euro-Mediterranean Cooperation
- C 121 (2003) Marcus Höreth  
When Dreams Come True: The Role Of Powerful Regions In Future Europe
- C 122 (2003) Glen Camp  
The End of the Cold War and US-EU-Relations
- C 123 (2003) Finn Laursen / Berenice L. Laursen  
The Danish Presidency 2002: Completing the Circle from Copenhagen to Copenhagen
- C 124 (2003) ZEI (Hrsg.)  
Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents. Bewertung der Strukturentscheidungen
- C 125 (2003) Hans-Christian Maner  
Multiple Identitäten – Der Blick des orthodoxen Südosteuropa auf „Europa“
- C 126 (2003) Janko Prunk  
Die rationalistische Zivilisation
- C 127 (2003) Władysław Bartoszewski  
Europas Identität nach der Osterweiterung
- C 128 (2003) Dimitris K. Xenakis and Dimitris N. Chrysochoou  
The 2003 Hellenic Presidency of the European Union. Mediterranean Perspectives on the ESDP
- C 129 (2004) Fritz Hellwig  
Europäische Integration aus historischer Erfahrung



- C 130 (2004) Thorsten Faas / Tapio Raunio / Matti Wiberg  
The Difference Between Real And Potential Power: Voting Power, Attendance and Cohesion
- C 131 (2004) Andreas Jacobs (ed.)  
Euro-Mediterranean cooperation: enlarging and widening the perspective
- C 132 (2004) Ludger Kühnhardt / Gabor Erdödy / Christoph Böhr  
L'Europa centrale fra le culture politiche nazionali tradizionali ed una nuova identità europea
- C 133 (2004) Hubert Iral  
Wartesaal oder Intensivstation? Zur Lage der EU nach der gescheiterten Regierungskonferenz
- C 134 (2004) Nicole Christina Groß  
Netzwerkbildung in der EU als regionale Standortpolitik? Nordrhein-Westfalen und die transnationalen Beziehungen zu Regionen im Benelux-Raum sowie in Mittel- und Osteuropa

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

*ZEI – DISCUSSION PAPERS* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.ZEI.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

*ZEI – DISCUSSION PAPERS* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.ZEI.de>.

---

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-34-1

---

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3  
D-53113 Bonn  
Germany

Tel.: +49-228-73-1880  
Fax: +49-228-73-1788  
<http://www.zei.de>